dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 35 **18. September 2014**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

dbb Bundesvorstand tagte in Berlin+++
Hearing Fachkräftemangel: Öffentlicher Dienst sucht Verstärkung+++
Wildfeuer: Entwurf zum Führungspositionengesetz geht nicht weit genug+++
dbb jugend unterstützt Kampagne für cross-mediales Jugendangebot von ARD und ZDF+++
dbb bundesseniorenvertretung: Alle Mütter haben Anspruch auf die Mütterrente+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Gesprächen über nächste Besoldungsrunde nicht vorgreifen+++
Verhandlungen über ein neues Besoldungserhöhungsgesetz in Bremen fortgesetzt+++
Gedankenaustausch des BBW mit Staatssekretär Murawski: Sparkurs verteidigt+++
Erfolg für dbb berlin: Senat will Personalabbau im öffentlichen Dienst beenden+++
SBB: Interessen des öffentlichen Dienstes bei Koalitionsverhandlungen berücksichtigen+++
GDL beschließt Urabstimmung+++
DPolG unterstützt IS-Betätigungsverbot+++
VBE zu „Bildung auf einen Blick 2014“: Chancen von Anfang an sichern+++
VDR: OECD-Ratschläge führen zu Fehlqualifikationen und Fachkräftemangel+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb Bundesvorstand tagte in Berlin

(dbb) Die Sommersitzung des dbb Bundesvorstands hat am 16. September 2014 im dbb forum berlin stattgefunden. Nach Lageberichten von dbb Chef Klaus Dauderstädt und den Fachvorständen für Tarif- und Beamtenpolitik, Willi Russ und Hans-Ulrich Benra, befasste sich das Gremium unter anderem mit dem Thema Tarifeinheit sowie mit der wirkungsgleichen Übertragung der Mütterrente und der Rente mit 63 auf das Beamten- beziehungsweise Versorgungsrecht. Dabei müsse der Bund nicht nur die Vorreiterrolle übernehmen, sondern Lösungen vorlegen, die systemkonform und nicht aus dem Rentenrecht adaptiert seien. Thema war auch die bevorstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder.

Zur von der Bundesregierung angestrebten gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit bekräftigte Dauderstädt die Auffassung des dbb, dass eine gesetzliche Erzwingung mit der grundgesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit unvereinbar sei.
(01/35/14)

Hearing Fachkräftemangel: Öffentlicher Dienst sucht Verstärkung

(dbb) Eines der meist diskutierten Themen der letzten Jahre ist der Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Als eine akute Folge des demografischen Wandels ist er in der Wirtschaft bereits heute spürbar, in den kommenden Jahren wird er Deutschland mit voller Wucht treffen. Deshalb ist es an der Zeit zu handeln. Der dbb wird daher am 7. Oktober 2014 beim „Hearing Fachkräftemangel: Das Team ‚Öffentlicher Dienst' sucht Verstärkung" im dbb forum berlin die Aspekte des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst erläutern und näher beleuchten.

Außerdem sollen mit allen Teilnehmern mögliche Lösungen angedacht werden, die sowohl dem Anspruch der Bürger an einen modernen und vielfältigen öffentlichen Dienst als auch den Interessen der Beschäftigten an einem zeitgemäßen Arbeitsumfeld gerecht werden. Denn hier, im öffentlichen Dienst, treffen neue Herausforderungen auf eine durch Reformen belastete und von Sparmaßnahmen ausgedünnte Personalstruktur. Die Beschäftigten spüren das sehr genau, und der dbb will als ihre Interessenvertretung nicht nur im Rahmen der Demografie-Strategie der Bundesregierung, sondern grundsätzlich an der Bewältigung der anstehenden Probleme mitarbeiten.

Mehr Informationen zur Veranstaltung auch auf www.dbb.de
(02/35/14)

Wildfeuer: Entwurf zum Führungspositionengesetz geht nicht weit genug

(dbb) Der jetzt vorgelegte Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Besetzung von Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst geht nach Auffassung der dbb bundesfrauenvertretung nicht weit genug. Die Vorsitzende Helene Wildfeuer sagte auf der Jahrestagung der vbba Frauenvertretung am 12. September 2014 in Nürnberg: „Offensichtich war der Widerstand einzelner Bundesministerien groß, denn dieser nach langer Ressortabstimmung endlich vorliegende Entwurf bleibt hinter den Leitlinien zurück, die Bundesfamilienministerin Schwesig gemeinsam mit Bundesjustizminister Maas entwickelt hatte."

„Anstatt einer 50-Prozent-Quote bei der Besetzung von Gremien ist nun nur noch ein Quötchen von 30 Prozent bis 2016 vorgesehen," kritisierte Wildfeuer. „Außerdem fehlt ein scharfes Schwert in Form einer spürbaren Sanktion, um diese geplante 30-Prozent-Quote tatsächlich durchzusetzen."

Auch sieht der Entwurf für je 100 Beschäftige eine Gleichstellungsbeauftrage vor.

Zur Diskussion stand aber eine Gleichstellungsbeauftragte für je 50 Beschäftigte. „Die Gleichstellungsbeauftragten sind es, die sich Tag für Tag für die lange überfällige Gleichberechtigung einsetzen. Sie brauchen Rückhalt durch starke gesetzliche Regelungen, dafür müssen wir kämpfen", machte Wildfeuer klar.

Wildfeuer ging auch auf das Thema „Frauen in Führungspositionen" innerhalb des dbb ein. Sie wolle alle engagierten Frauen im dbb ermutigen, in den Gremien ihrer Gewerkschaft mitzumischen."Nur so können Sie frauenpolitische Aspekte auf die Agenda Ihres Verbandes bringen", sagte Wildfeuer.
(03/35/14)

dbb jugend unterstützt Kampagne für cross-mediales Jugendangebot von ARD und ZDF

(dbb) Der öffentlich-rechtliche Rundfunk plant ein cross-mediales Angebot, mit dem Informationen zielgruppengerecht für junge Menschen aufbereitet und über Internet und Fernsehen verbreitet werden sollen. Mitte Oktober 2014werden die Ministerpräsidenten der Länder über ein solches Angebot entscheiden.

„Die dbb jugend unterstützt das Projekt eines sowohl spannenden als auch inhaltlich wertvollen Programms", sagte die Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, bei einem Gespräch mit dem Bevollmächtigten des ARD-Vorsitzenden im ARD-Generalsekretariat, Michael Kühn, am 11. September 2014.

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hatte dazu eine Stellungnahme herausgegeben, die einen klaren Auftrag an ein öffentlich-rechtliches Jugendangebot formuliert. Dabei geht es besonders um die Mitgestaltungsrechte von jungen Menschen und den Raum für Experimente. Auch betont der DBJR, dass die finanzielle Ausgestaltung sichergestellt werden müsse. Die dbb jugend-Chefin warb außerdem für eine Programmgestaltung, die junge Menschen bei der Berufswahl unterstützt und beispielsweise auch die Vielfalt der Berufe im öffentlichen Dienst vorstellt. Gleichzeitig regte Kothe an, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund in die Formate einbezogen werden.
(04/35/14)

dbb bundesseniorenvertretung: Alle Mütter haben Anspruch auf die Mütterrente

(dbb) Am Rande der Bundesvorstandssitzung des dbb beamtenbund und tarifunion am 16. September 2014 in Berlin hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, die Forderung bekräftigt, Kindererziehungszeiten bei allen Müttern, die vor 1992 Kinder erzogen haben, besser zu berücksichtigen – also auch bei Beamtinnen.

„Wir werden erst Ruhe geben, wenn die Erziehung von Kindern für alle Mütter, egal ob Angestellte oder Bundes- oder Landesbeamtin, egal ob die Kinder vor oder ab 1992 erzogen wurden, in gleicher Weise berücksichtigt werden", so Speck.

Der regelmäßig vorgeschobene Hinweis auf das andere System bei Beamtinnen vermöge die unterschiedliche Behandlung nicht zu begründen, da es sich bei der Kindererziehung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Demzufolge müsse die Mütterrente auch für alle Mütter aus Steuermitteln finanziert werden, stellte Speck fest.
(05/35/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Gesprächen über nächste Besoldungsrunde nicht vorgreifen

(dbb) Durch die Niederlage im Verfassungsstreit um die Beamtenbesoldung in Nordrhein-Westfalen wurde ein Nachtragshaushalt fällig, der am 10. September 2014 in den Landtag eingebracht und kontrovers debattiert wurde. Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, war über den „Ausblick" auf die Besoldungsrunde 2015 in der Rede des Landesfinanzministers Norbert Walter-Borjans (SPD) überrascht und verärgert.

Dieser hatte in der Haushaltsdebatte nämlich die Gespräche über die Besoldungsrunde vorweg genommen. Er kündigte eine „maßvolle" Besoldungspolitik und die strukturelle Einsparung von 160 Millionen Euro ab 2015 bei den Personalausgaben an. Strukturen der Verwaltung sollten hinterfragt und die Landesbetriebe auf Sparmöglichkeiten durchforstet werden. Dabei habe man auch die in Aussicht genommene Dienstrechtsreform und die Versorgung im Blick, so Walter-Borjans.

Der Politiker verschweige dabei ganz bewusst, dass der DBB NRW mit diesen Plänen „nicht einverstanden war und es auch in Zukunft nicht sein wird", so Staude. Für den DBB NRW könne es nur ergebnisoffene Gespräche geben. Die Ankündigung des Finanzministers, zugleich für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu sorgen, kommentierte Staude mit den Worten: „Fragt sich nur, wie er dies angesichts dieser nüchternen Perspektive für Beamte in Nordrhein-Westfalen bewerkstelligen will."
(06/35/14)

Verhandlungen über ein neues Besoldungserhöhungsgesetz in Bremen fortgesetzt

(dbb) Die Gespräche zur Änderung des Besoldungserhöhungsgesetzes 2013/2014 in Bremen sind am 15. September 2014 fortgesetzt worden. Daran nahmen auf der einen Seite Bürgermeister Jens Böhrnsen und Bürgermeisterin Karoline Linnert, auf der anderen Seite Gewerkschaftsvertreter unter Beteiligung des stellvertretenden dbb bremen-Vorsitzenden Uwe Ahrens teil.

Nach dem Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs zur Unvereinbarkeit oder Nichtigkeit der Rechtsnorm waren auch in Bremen Gespräche zwischen dem öffentlichen Arbeitgeber und den Gewerkschaftsvertretern notwendig geworden, weil sich Bremen bewusst an die nordrhein-westfälische Regelung zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 angelehnt hatte.

Allerdings war selbst bei der Anlehnung an die NRW-Regelung, die bereits eine Schlechterstellung der unteren und mittleren bremischen Beamtenschaft gegenüber den öffentlichen Tarifbeschäftigten darstellt, mit einer sechsmonatigen zeitversetzten Übernahme gegenüber der NRW-Gesetzesregelung noch eine weitere Kürzung vorgenommen worden.

Kurzfristig vereinbarten der dbb bremen und Bürgermeister Böhrnsen ein weiteres Gespräch für den 18. September 2014.
(07/35/14)

Gedankenaustausch des BBW mit Staatssekretär Murawski: Sparkurs verteidigt

(dbb) Die Erwartung auf ein zeitnahes Spitzengespräch zwischen dem baden-württembergischen Beamtenbund BBW und Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat Staatssekretär Klaus-Peter Murawski jetzt zunichte gemacht. Im Gespräch mit BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich und seinen Stellvertretern Gerhard Brand und Joachim Lautensack erklärte der Amtschef im Staatsministerium, Kretschmann sei erst zu einer Unterredung bereit, wenn im kommenden Jahr das Tarifergebnis 2015/2016 zum TV-L feststeht. Die Forderung des BBW nach Beendigung der einseitigen Sparpolitik zulasten der Beam-

tenschaft wies Murawski mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung zurück.

Das Gespräch, das am 10. September 2014 im Staatsministerium stattfand, war auf Initiative von BBW-Chef Stich zustande gekommen. Allerdings hatte Stich um eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten nachgesucht. Seinen Ärger darüber, dass Kretschmann jetzt nicht bereit stand, hat Stich gegenüber Staatssekretär Murawski nicht zurückgehalten. Er wies zudem auf die Bedeutung eines regelmäßigen Gedankenaustauschs für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dienstherrn und Interessenvertretung der Beschäftigten hin.

Inhaltlich brachte die Unterredung nichts Neues, teilte der BBW weiter mit. Trotz der sprudelnden Steuermehreinnahmen, die seit geraumer Zeit in die Kasse des Landes fließen, sprach Murawski mit Blick auf die kommenden Jahre von einer angespannten Finanzlage. Als Grund dafür nannte er die hohen Pensionsverpflichtungen. Obwohl der Versorgungsfonds um 300 Millionen Euro aufgestockt wurde, reiche dies bei Weitem für künftige Pensionszahlungen nicht aus. Den Vorhalt Stichs, dass die Absenkung der Eingangsbesoldung das Nachwuchsproblem im öffentlichen Dienst noch verstärke, ließ Murawski nicht gelten. Die Ressorts meldeten keine Rückgänge bei den Bewerberzahlen, sagte er. Im Gegenteil: Es gebe mehr Bewerber denn je.
(08/35/14)

Erfolg für dbb berlin: Senat will Personalabbau im öffentlichen Dienst beenden

(dbb) „Endlich folgt der Senat den Forderungen des dbb berlin und verwirft sein Ziel, die Vollzeitstellen im Berliner Landesdienst auf 100.000 zu reduzieren. Für uns war diese Zahl ohnedies eine utopische, eher ausgewürfelte Vorgabe und keine am Bedarf festgemachte Zielgröße." Mit diesen Worten kommentierte der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, Frank Becker, den Beschluss, den der Senat am 16. September 2014 verabschiedete.

Noch in der Woche zuvor hatte der dbb berlin die Haltung des Senats in Sachen Personalplanung und -entwicklung als „Provinzposse" kritisiert und insbesondere die Berliner SPD-Spitze aufgefordert, Einfluss auf den SPD-geführten Senat zu nehmen, um das von ihr selbst geforderte Ende des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst endlich durchzusetzen.

„Jetzt muss auch der Finanzsenator sein Schreiben an die Dienststellen des Landes Berlin, in dem diese angewiesen wurden, an den bisher geplanten weiteren Personaleinsparungen festzuhalten, unverzüglich zurücknehmen. Und der Senat ist gehalten, schnellstens mit der Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes zu beginnen", so Becker. Der dbb berlin habe bei Regierendem Bürgermeister und Innensenator bereits seine Beteiligung an der Erarbeitung eines solchen Konzeptes eingefordert.
(09/35/14)

SBB: Interessen des öffentlichen Dienstes bei Koalitionsverhandlungen berücksichtigen

(dbb) Die Wahlaussagen vor der Landtagswahl in Sachsen zu einer attraktiven öffentlichen Verwaltung dürfen in den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen nicht geopfert werden. Das hat der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen am 15. September 2014 gefordert.

Im Ergebnis der Landtagswahl vom 31. August finden derzeit Sondierungsgespräche zwischen der sächsischen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beziehungsweise der SPD statt. Neben dem Ausloten von Schnittstellen wird es auch darum gehen, welche Aussagen und Ziele der Wahlprogramme geopfert und damit in einem künftigen Koalitionspapier nicht auftauchen werden.

In den vergangenen Jahren habe sich leider allzu oft gezeigt, dass die öffentliche Verwaltung in Sachsen nicht nur am Biertisch, sondern auch bei sächsischen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung keine Lobby hat, so der SBB-Vorsitzende Gerhard Pöschmann. Ein attraktiver öffentlicher Dienst mit motivierten Beamten und Arbeitnehmern müsse auch für die künftige Staatsregierung Priorität haben. „Die Leistungsfähigkeit des Freistaates Sachsen nehmen die Bürger nicht durch die Parteien, sondern durch die Kompetenz der Sachbearbeiterin in der Behörde, durch die Präsenz des Polizisten oder das Engagement der Lehrerin wahr. Die Politik mag die Richtung vorgeben, deren Umsetzung, also die Arbeit für Bürger und Freistaat, übernehmen jedoch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes."

Der Sächsische Beamtenbund erwarte deshalb von den Parteien in Sondierungs- und Koalitionsgesprächen, dass die mit der öffentlichen Verwaltung verbundenen Themen als zentrale Inhalte mit in die Verhandlungen genommen werden.
(10/35/14)

GDL beschließt Urabstimmung

(dbb) Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 11. September 2014 in Eisenach einstimmig die Urabstimmung für die Mitglieder des Zugpersonals (Lokomotivführer, Zugbegleiter, Bordgastronomen, Instruktoren/Trainer und Disponenten) in den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) der Deutschen Bahn AG beschlossen.

„Wir organisieren und repräsentieren mehr als 51 Prozent dieser Beschäftigten innerhalb der EVU und sind dadurch nicht nur legitimiert, sondern sogar verpflichtet, die tarifpolitischen Forderungen unserer Mitglieder Wirklichkeit werden zu lassen", sagte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. Aufgrund der hohen Beteiligung an den zwei vorangegangenen Warnstreiks mit dem klaren Bekenntnis, die dringend notwendigen Schutzmechanismen tarifvertraglich durchzusetzen, sei die Vorbereitung weiterer Arbeitskämpfe unabdingbar.

Der Hauptvorstand rechne mit einer hohen Zustimmung; die Auszählung der in einer geheimen schriftlichen Wahl durchgeführten Urabstimmung findet am 2. Oktober 2014 in Frankfurt am Main statt. Arbeitskämpfe sind bis zum Abschluss der Urabstimmung ausgeschlossen.

„Die GDL ist zu Verhandlungen bereit, wenn die DB zu den Tarifforderungen für GDL-Mitglieder in den EVU ein uneingeschränktes Angebot macht. Tut sie das nicht, folgen unweigerlich weitere Streiks", so Weselsky.
(11/35/14)

DPolG unterstützt IS-Betätigungsverbot

(dbb) Als „richtig und notwendig" hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt das von Bundesinnenminister Thomas de Maizière verhängte Betätigungsverbot für die Terrororganisation „Islamischer Staat" bezeichnet. Die Maßnahme sei angesichts der Gräueltaten, die von den Angehörigen des IS begangen werden, ein klares Signal, „auch an unsere Verbündeten, die mit ihren Kräften im Irak gegen den IS kämpfen", so Wendt. „Es wäre zynisch und unverantwortlich, wenn wir in dieser Situation duldeten, dass Sympathisanten mit Fahnen und Symbolen des IS durch unsere Straßen zögen."

„Das Betätigungsverbot ist auch für die Einsatzkräfte der Polizei wichtig, da es im Einsatzfall Handlungssicherheit und solide rechtliche Grundlagen zum Einschreiten bietet", so Wendt weiter. „Es ersetzt aber nicht einen gut ausgestatteten Nachrichtendienst, der die Angehörigen der islamistischen Szene beobachtet und der Polizei wertvolle Informationen zum Vorgehen gegen die IS-Sympathisanten verschafft." Haushaltsgesetzgeber im Bund wie in den Ländern seien in der Pflicht, für eine personell gut ausgestattete Polizei zu sorgen, die

Ausreiseverbote überwachen und durchsetzen sowie erforderliche Beobachtungen gefährlicher Personen auch realisieren kann.
(12/35/14)

VBE zu „Bildung auf einen Blick 2014“: Chancen von Anfang an sichern

(dbb) „Immer noch hängen die Bildungsinvestitionen von der Schuhgröße der Kinder ab", so die Kritik des Vorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, anlässlich der Vorstellung des OECD-Bildungsberichts 2014 am 9. September. „Auch wenn der Kita-Besuch der unter Sechsjährigen in Deutschland auf sehr hohem Niveau liegt, muss für den Anfang der Bildungskarriere deutlich mehr getan werden", so Beckmann. Es sei nicht hinnehmbar, dass der Grundschulbereich in Deutschland nach wie vor unterdurchschnittlich finanziert werde. „Bund und Länder müssen ihr Bildungsengagement endlich zusammendenken und auf ein Kooperationsgebot setzen."

Beckmann weiter: „Erfolge, die durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung erzielt werden, dürfen nicht durch die Unterbewertung der anschließenden Schulzeit gefährdet werden. Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft kann man nur verringern, wenn die Grundschulen mehr Ressourcen für individuelle Förderung jedes Schülers bekommen." Der gute Anfang durch frühkindliche Bildung müsse fortgeführt werden können. „Das Problem ist seit PISA 2000 erkannt. Es ist höchste Zeit für eine grundsätzliche Aufwertung auch des schulischen Einstiegs", bekräftigte Beckmann.
(13/35/14)

VDR: OECD-Ratschläge führen zu Fehlqualifikationen und Fachkräftemangel

(dbb) Mit ihrer Forderung nach einer weiteren Steigerung der Abiturientenquote in Deutschland fördere die OECD Tendenzen zu Fehlqualifikationen und Fachkräftemangel. Das stellten der Vorstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und der wissenschaftliche Beirat seiner Zeitschrift „Reale Bildung / Realschule in Deutschland" auf einer gemeinsamen Jahrestagung in Bingen (Rheinland-Pfalz) fest.

In seiner Kritik sehe sich der Verband, so sein Vorsitzender Jürgen Böhm am 15. September 2014, durch die immer lauter werdenden Klagen aus der Wirtschaft über die stetig sinkende Nachfrage von Schulabsolventen nach beruflichen Ausbildungsgängen bestätigt. Im akademischen Bereich führe diese Entwicklung zunehmend zu Qualitätseinbußen und Fehlqualifikationen.

Vorschläge und Programme wie von Bundeswissenschaftsministerin Johanna Wanka, Abiturienten für Ausbildungsberufe zu interessieren, lösten das Problem mit den falschen Mitteln an der falschen Stelle. Insbesondere verhinderten sie nicht die hohen Abbruchquoten gerade in naturwissenschaftlich-technisch ausgerichteten Studiengängen oder drohende Arbeitslosigkeit selbst bei erfolgreichen Studienabschlüssen. „Auch der internationale Vergleich von Bildungssystemen bestätigt unsere Warnung vor einer zunehmend von Arbeitslosigkeit bedrohten Akademikerschaft", stellte Böhm fest.
(14/35/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 1. September 2014 vollendete der dbb Ehrenvorsitzende **Werner Hagedorn**, der den dbb von 1987 bis 1995 als Bundesvorsitzender durch die Wendejahre in die gesamtdeutsche Gegenwart geführt hatte, sein 85. Lebensjahr. Er feierte diesen besonderen Tag mit seiner Familie und vielen alten Weggefährten aus seiner aktiven Gewerkschafterzeit. Was Werner Hagedorn besonders auszeichnet, brachte dbb Chef Klaus Dauderstädt auf dem

Punkt, als er den Jubilar, dem er die Glückwünsche des gesamten dbb überbrachte, am Ende seiner kurzen und launigen Festrede als einen aufrechten Mann würdigte: einen, der immer seinen Weg zu gehen wusste, selbstbewusst und selbstsicher. „Ein vorbildlicher Kollege und Freund, auf den wir alle sehr, sehr stolz sind und dankbar für die guten Jahre, die wir gemeinsam mit ihm gehen durften."

Mit Blick auf den Boom von Steuersünder-Selbstanzeigen (in den vergangenen drei Jahren bundesweit etwa 100.000 mit Bezug zu Schweizer Konten) verhehlt der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** nicht seinen Ärger über die Politik. „Der Staat bekommt Milliarden an Zusatzeinnahmen, und mancher Anwalt verdient sich eine goldene Nase", zitiert die „Kölnische Rundschau" (Ausgabe vom 13. September 2014) Eigenthaler. „Aber im Finanzamt gibt es für die Mehrarbeit weder eine zusätzliche Stelle noch einen Euro mehr auf dem Gehaltszettel." Man müsse langsam aufpassen, „dass es durch die Zusatzbelastung nicht beim normalen Tagesgeschäft zu Steuerausfällen kommt", warnte der DSTG-Chef.

In Fragen des öffentlichen Dienstes, der Nachwuchsproblematik und der Forderungen der Beamten auf Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gibt es einen weitreichenden Konsens zwischen Thomas Strobl, Vorsitzender der baden-württembergischen Landes-CDU und der CDU Landesgruppe im Bundestag, und BBW-Chef **Volker Stich**. Beide hoben diese Gemeinsamkeiten in Grundsatzfragen nach einer Unterredung am 9. September 2014 im dbb forum berlin hervor. Strobl war in Begleitung zahlreicher baden-württembergischer Bundestagsabgeordneter gekommen, Stich hatte zwei seiner Stellvertreter, den BBW-Geschäftsführer sowie vom dbb die Zuständigen für Besoldung, Versorgung und Tarifangelegenheiten mitgebracht. Zu den Themen, die von Stich, der auch dbb Vize ist, und Strobl diskutiert wurden, gehörten auch die Tarifeinheit, das Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz und die mögliche Übernahme auf Beamte, der Fachkräftemangel sowie die beamtenpolitische Situation in Baden-Württemberg.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordert einen offeneren Umgang mit den Online-Diensten. „Wir halten nichts davon, wenn Kultusministerien sagen ‚Wir verbieten das'", zitiert Focus Online am 15. September 2014 den stellvertretenden VBE- Bundesvorsitzenden **Rolf Busch**. Er hat für den VBE einen Leitfaden zur Benutzung von Social Media an Schulen erstellt und sieht die Netzwerke als Chance. Durch sie könnten Lehrer ihre Schüler dort abholen, wo sie zu Hause sind: im Netz. Mit einem Verbot machten es sich die Länder nach Buschs Meinung leicht, nicht auf eine gesellschaftliche Veränderung reagieren zu müssen. Natürlich habe auch er „große Bedenken zum Datenschutz" bei Facebook und anderen Plattformen. „Mir ist aber noch kein Lehrer untergekommen, der Noten bei Facebook postet", sagte er.
(15/35/14)